



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

PRESSEMITTEILUNG

„Marieluise Beck hat unser volles Vertrauen“ DIG-Präsidium befasste sich mit Bundestagsanfrage der Grünen-Fraktion

Berlin. Die Mitzeichnung einer kleinen Anfrage zur Kennzeichnung von Produkten aus israelischen Siedlungen der Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Vizepräsidentin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Marieluise Beck, wird keine negativen Auswirkungen auf ihre DIG-Mitgliedschaft haben. Dies entschied das Präsidium der DIG einstimmig auf seiner Sitzung am 28. Juni.

Aufgrund verschiedener Anfragen aus Untergliederungen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft befasste sich das Präsidium auf seiner jüngsten Sitzung in Berlin ausführlich mit einer kleinen Anfrage der Bundesfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Kennzeichnung von Produkten aus israelischen Siedlungen.

Wie DIG-Präsident Reinhold Robbe nach der Sitzung erklärte, habe das Präsidium der Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck aus Bremen einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Frau Beck sei über Jahrzehnte hinweg offensiv für die deutsch-israelischen Beziehungen eingetreten und habe sich sehr große Verdienste auf diesem Feld erworben. Zwei Anträge auf Ausschluss aus DIG-Untergliederungen wegen der Mitzeichnung der kleinen Anfrage seien wegen fehlender Grundlage einstimmig abgelehnt worden, betonte Robbe.

Wie Robbe weiter erklärte, gebe es auch im Präsidium der DIG unterschiedliche Auffassungen über Inhalt, Form und Zeitpunkt der Grünen-Anfrage. Insbesondere sei die Frage entstanden, weshalb die von der EU geforderte Kennzeichnungspflicht gerade mit Blick auf Israel thematisiert werde. Es gebe auch andere Staaten, wie China oder die Türkei, so Robbe, bei denen eine Kennzeichnungspflicht für besetzte Gebiete ratsam erschiene. Andererseits sieht die Europäische Union eine Unterscheidung bei den Zollprivilegien für Produkte aus dem israelischen Kernland und denen aus israelischen Siedlungen vor. Es finden auf europäischer Ebene derzeit viele Diskussionen über die Umsetzung dieses Zoll- und Handelsrechts im Zusammenhang mit der Kennzeichnungspflicht statt. Abschließend lasse sich nach der Präsidiumssitzung festhalten, dass es einen erheblichen Informationsbedarf über die Hintergründe der Kennzeichnungspflicht gebe, so Robbe. Deshalb werde die DIG dieses Thema in geeigneter Weise aufgreifen. Ein erster Schritt hierzu seien die Erkenntnisse einer Reise des DIG-Vizepräsidenten und Abgeordneten Christian Lange in israelische Siedlungen gewesen.



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Wie differenziert der Sachverhalt der kleinen Anfrage zu beurteilen sei, werde unter anderem deutlich in der Tatsache, dass die Bundesregierung die Haltung der Grünen-Fraktion in wesentlichen Teilen bestätigt habe. Robbe: „Es gibt in diesem Zusammenhang keine einfachen Antworten. Das sollten auch die Kritiker der Anfrage einsehen.“

03.07.2013